

DIE ZUKUNFT DES LANDES SICHERN

von Wolfgang Jüttner



Wolfgang Jüttner,
Fraktionsvorsitzender der SPD im
Niedersächsischen Landtag

Liebe Leserinnen und liebe Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

die Politik der CDU/FDP Landesregierung besteht vor allem aus hohlen Phrasen und gebrochenen Wahlversprechen. In jeder Landtagssitzung lobt sich die Regierungskoalition selbst – mit der politischen Realität hat das wenig zu tun. Immer mehr Niedersachsen sehen das ebenso. Im November haben Schülerinnen und Schüler in Hannover demonstriert, während des Dezemberplenums protestierten Polizisten, Bedienstete der Ministerien und Angestellte der Krankenhäuser jeden Tag vor dem Landtag.

Das ist verständlich. Seit der blutleeren Regierungserklärung fehlen der Landesregierung die Ideen – die Wahlversprechen werden gebrochen. Das beste Beispiel dafür ist die vor der Wahl zugesagte Einführung von Gesamtschulen. Jetzt werden den Initiativen mehr und mehr Knüppel zwischen die Beine geworfen: Als erste Hürde

wurde die Fünfüzigkeit errichtet und aktuell wird ihnen die Genehmigung als Ganztagschulen verweigert.

Der Regierungskoalition fehlt eine Vision für die Zukunft des Landes. Das gilt für die Bildungspolitik, aber auch für die Sozialpolitik. In der sich verschärfenden Finanz- und Wirtschaftskrise steuern CDU und FDP nicht ausreichend dagegen.

Die SPD hat mit einem Änderungsantrag für den Haushalt Alternativen vorgeschlagen – sie wurden durch die selbstgefällige Blockadepolitik der Regierungsmehrheit gestoppt.

Diese Alternativen müssen wir im Land zur Diskussion stellen, um die Orientierungslosigkeit der Landesregierung zu verdeutlichen und unsere Kompetenz für die Gestaltung der Zukunft herauszustellen.

Die Alternativen der SPD für den Haushaltsplan 2009

Die aktuelle Finanzkrise wirkt sich auch auf das Land aus. Wir müssen reagieren. Die SPD hat ein »95-Millionen-Euro-Investitionsprogramm« für Niedersachsen entwickelt. Im Einzelnen schlagen wir vor:

1. Den Substanzerhalt von Landesvermögen durch Investitionen in Landesstraßen und Radwege (13,5 Millionen Euro).
2. Eine energetische Gebäudesanierung (40,5 Millionen Euro, davon 20 Millionen

für Gemeinden) und Hochwasserschutz im Binnenland (9 Millionen Euro).

3. Ein Sportstättenanierungsprogramm (10 Millionen Euro),
 4. Eine höhere Zuführung zum Wirtschaftsförderfonds (12 Millionen Euro) und Wirtschaftsförderfonds ökologischer Teil (10 Millionen Euro).
- Die konjunkturelle Wirkung dieser Gelder spannt einen Schutz-



**Wir wünschen allen
Leserinnen und Lesern
frohe Festtage und
einen guten Rutsch ins
Jahr 2009.**

**Der Haushaltsantrag
der SPD-Fraktion im
Internet unter
www.spd-landtag-nds.de,
Menüpunkt
Publikationen.**

schirm für Arbeitsplätze, zugleich wird so aber auch die Substanz des Landesvermögens erhalten und der Klimaschutz verbessert.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die »Bildungsoffensive Niedersachsen« mit einem Volumen von zusammen 247,1 Millionen Euro für 2.000 zusätzliche Lehrerstellen, den Ausbau von Ganztagschulen, mehr Investitionen für den Krippen-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

ausbau und die Abschaffung der Studiengebühren.

Die SPD will eine Sozialpolitik gestalten, die ihren Namen verdient: 24 Millionen Euro wollen wir für Kinderschutz- und -gesundheit einsetzen und auch das Lebensrisiko Pflege menschenwürdig gestalten.

Sozial- und wirtschaftspolitisch sinnvoll ist es, die Landesbeschäftigten gerecht zu bezahlen. Deshalb wollen wir die Son-

derzahlung für Beamte wieder einführen und Stellenhebungsprogramme finanzieren. Wir stellen dafür 61,14 Millionen Euro in den Haushalt ein.

Das Maßnahmenpaket finanzieren wir vor allem durch die Übertragung eines Teiles des Jahresüberschusses 2008 (150 Millionen Euro), die Auflösung des erfolglosen Innovations- und Zukunftsfonds (40 Millionen Euro), Umschichtun-

gen, geringere Zinsaufwendungen, 2008 nicht verbrauchte Haushaltsmittel und eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme um 100 Millionen Euro.

Wir sagen: Die Zukunft des Landes hängt auch von der Senkung der Nettokreditaufnahme ab. Aber nicht nur. Auch mehr Gelder für zentrale Zukunftsfelder des Landes sind sinnvolle Investitionen für die Zukunft unserer Kinder.

IMMER NEUE BAUSTELLEN IN DER KULTUSPOLITIK

Mit dem Wechsel zur neuen Kultusministerin Heister-Neumann verbanden viele Bürgerinnen und Bürger Hoffnung auf ein Ende der hektischen und unkoordinierten Reformen. Nach neun Monaten im Amt ist die Bilanz der Ministerin ernüchternd: Baustellen und kein Ende.

BAUSTELLE 1**Gesamtschulen brauchen keine Ganztagsangebote**

In der von der SPD-Landtagsfraktion beantragten Dringlichen Anfrage »Verweigert die Landesregierung neuen Gesamtschulen den Status Gesamtschule?«, antwortete die Landesregierung, dass der Status Ganztagschule nicht zum pädagogischen Konzept einer Integrierten Gesamtschule (IGS) gehöre. Auch bei der Umwandlung von einer ganztägigen Haupt- und Realschule zur IGS müsse diese Schule erneut als Ganztagschule genehmigt werden. Damit entfällt der bereits vollzogene Ganztagsstatus. In den bereits bestehenden Integrierten Gesamtschulen nehmen aber 95,5 % der Schüler und Schülerinnen an den Ganztagsangeboten teil. Diese Grundlage für einen rhythmisierten Schultag mit Unterricht, Förderung und Freizeitangeboten ist bei den Elternbefragungen der Maßstab für eine Entscheidung für eine IGS gewesen. Für Eltern ist eine Gesamtschu-

le eine Ganztagschule. Für die SPD ist klar, dass ganztägige Angebote an allen Schulformen notwendig sind. Deswegen hat die SPD-Landtagsfraktion in ihrem Antrag zum Haushalt 2009 insgesamt 600 zusätzliche Stellen für Ganztagsangebote für alle Schulformen beantragt.

**BAUSTELLE 2
Keine Verbesserung der Qualität in Kitas**

Im Dezember-Plenum haben die Mehrheitsfraktionen den Gesetzentwurf zur Veränderung des Kindertagesstättengesetzes für mehr Qualität in den Kindertageseinrichtungen, Drs. 16/497, abgelehnt. Damit haben sie sich gegen die »Dritte-Kraft« in Krippen, gegen die Erhöhung der Verfügungsstunden für Gruppenleitungen, gegen die Verringerung der Gruppengrößen von derzeit 25 auf 20 Kinder für die Drei- bis Sechsjährigen und gegen die Verbesserung der Integration von behinderten Kindern in Krippen entschieden.

**BAUSTELLE 3
Schulinspektion – und nun?**

Es reicht nicht aus, Schulen zu inspizieren und Defizite festzu-

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

stellen, sondern es müssen auch ausreichend Ressourcen zum Abbau dieser Defizite bereitgestellt werden. Insbesondere bei der Verbesserung der Unterrichtsqualität dürfen die Schulen nicht allein gelassen werden. Umso mehr ist es notwendig, die

Beratungs- und Unterstützungsangebote der Landesschulbehörde auf- und auszubauen. Deswegen hat die SPD-Fraktion insgesamt 100 Stellen zur Verbesserung der Situation der Landesschulbehörde in ihrem Antrag zum Haushalt 2009 eingestellt.

Alle diese Anträge der SPD lehnte die Regierungsmehrheit im Landtag ab. Wie stark der Widerstand der Bevölkerung gegen die verfehlte Kultuspolitik ist, zeigen die zahlreichen Demonstrationen der vergangenen Wochen.

BETREUUNG PSYCHISCH KRANKER STRAFTÄTER BLEIBT IN STAATLICHER HAND

Staatsgerichtshof erklärt Privatisierungsvorhaben der Regierung Wulff für verfassungswidrig

von Uwe Schwarz, stv. Fraktionsvorsitzender



Ein Déjà-vu-Erlebnis hatte die Landesregierung am 05.12.2008 in Bückeburg. An diesem Tag hat der Staatsgerichtshof – immerhin das höchste niedersächsische Gericht – jetzt schon zum siebten Mal Gesetze der Regierung Wulff als verfassungswidrig verworfen.

Nach Polizeigesetz und Mediengesetz ging es diesmal um den Plan der Landesregierung, im Zuge des Verkaufs der

Landeskrankenhäuser im Jahre 2007 den so genannten Maßregelvollzug teilweise zu privatisieren und in die Hände der gewinnorientierten privaten Klinikbetreiber zu geben.

Dagegen haben SPD und Grüne gemeinsam geklagt – und nun Recht bekommen. Das Urteil garantiert, dass der Privatisierungswahn von CDU und FDP nichts im Kernbereich hoheitlichen Handelns zu suchen hat.

Oder wie die »Tageszeitung« am 06.12.08 titelte: »Nur der Staat darf wegsperren«. D.h. nur demokratisch durch staatliche Stellen legitimierte Bedienstete dürfen künftig Grundrechte von Patienten einschränken. Zur Erinnerung: Maßregeln sind Teil des Strafrechts. Im Maßregelvollzug werden gefährliche psychisch kranke Straftäter behandelt und betreut. Mit dem Urteil wurde nun eine verfassungsrechtliche Grauzone in einem hochsensiblen Bereich beseitigt. Die Bückeburger Entscheidung wird deshalb auch bundesweite Signalwirkung haben

Der Richterspruch war dabei eine Klatsche mit Ansage für die Regierung Wulff, die absolut vermeidbar gewesen wäre. SPD und Grüne hatten schon früh im Landtag auf die rechtlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die mit dem Verkauf der Landeskliniken verbunden waren. Auch die Landtagsjuristen und selbst die Rechtsexperten von Wulffs Staatskanzlei hatten warnend ihre Finger gehoben.

Über alle Bedenken hatte sich die Landesregierung hin-

Fortsetzung auf Seite 4



Frauke Heiligenstadt,
schulpolitische
Sprecherin



Uwe Schwarz,
sozialpolitischer
Sprecher

IMPRESSUM

Herausgeber
SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Verantwortlich
Dr. Cornelius Schley,
Geschäftsführer SPD-Fraktion
Niedersachsen

Redaktion
Thilo Scholz,
Thilo.Scholz@
lt.niedersachsen.de

Anschrift
Hinrich-Wilhelm-Kopf-
Platz 1, 30159 Hannover,
www.spd-landtag-nds.de

Layout & Satz
Anette Gilke,
mail@AnetteGilke.de

Fortsetzung von Seite 3

weggesetzt- und kassierte dafür nun die Quittung.

Von zentraler Bedeutung muss jetzt sein, wie hoheitliches Handeln in hochsensiblen Bereichen wie dem Maßregelvollzug

oder der Behandlung psychisch Kranker umfassend gewährleistet wird. Der Staatsgerichtshof hat in seiner Entscheidung die Hürden sehr hoch gelegt. Das wird eine hochkomplexe und

teure Angelegenheit für die Landesregierung, alle Anforderungen des Urteils umfassend umzusetzen. Mit einem einfachen Federstrich ist das ganz sicher nicht zu machen.

KINDERRECHTE IN DIE VERFASSUNG

SPD-Fraktion unterstützt Kampagne des Kinderschutzbundes

Mehr als 3.500 Unterschriften überreichte der Niedersächsische Kinderschutzbund am 14.11.2008 dem Landtagspräsidenten für die Aufnahme von Kinderrechten in die Niedersächsische Verfassung. »In einer Gesellschaft, die sich zunehmend kindentwöhnt präsentiert, sollten Kinder und Jugendliche endlich als individuelle Persönlichkeiten und als Träger von eigenständigen Rechten auch verfassungs-

rechtlich anerkannt werden«, erklärte dazu Johannes Schmidt, Landesvorsitzender des Kinderschutzbundes. Unterstützt wird die Kampagne von der SPD-Fraktion, die bereits im Frühjahr eine entsprechende Gesetzesinitiative gestartet hatte. Trotz mehrerer Einigungsversuche blockieren allerdings CDU und FDP mit ihrer Mehrheit bislang jeden Fortschritt – zum Schaden der Kinder.



Im Bild (v.l.n.r.): Wolfgang Jüttner, SPD-Fraktionsvorsitzender, sein Stellvertreter und Sozialexperte Uwe Schwarz sowie Johannes Schmidt, Vorsitzender des Kinderschutzbundes Niedersachsen bei der Übergabe der Stimmkarten der Kampagne »Nimm mich auf - Kinderrechte in die Verfassung«.

WEIHNACHTSBRATEN IN NIEDERSACHSEN – »UNAPPETITLICH, ABER NICHT GIFTIG«?

SPD fordert stärkere Kontrollen und wirksame Sanktionen bei Fehlverhalten der Fleischindustrie

Die SPD-Fraktion hat in der »Aktuellen Stunde« des Dezember-Plenums die Missstände in der Fleischverarbeitung thematisiert. Anlass war der Jahresbericht des Landesamtes für Verbraucherschutz (LAVES), der eine ernüchternde Bilanz insbesondere im Bereich der Lebensmittelsicherheit zog. Demnach hält jede fünfte Fleischprobe den Kontrollen nicht stand. Jede zehnte Fleischprobe ist falsch etikettiert und jede zwanzigste ungenießbar.

Ausschlaggebend für die »Aktuelle Stunde« war die lapidare Aussage des Sprechers des Landwirtschaftsministers in Zusammenhang mit der Untersuchung beschlagnahmter Fleischproben eines führenden

Fleischbetriebes: »Unappetitlich, aber nicht giftig«. Die SPD-Fraktion vertritt die Auffassung, dass die Lebensmittelsicherheit in Niedersachsen ein sehr ernsthaftes Thema ist. Das Abwiegen mit Plattitüden verunsichert die Verbraucherinnen und Verbraucher. Fakt ist, dass die Beanstandungsquote bei den Lebensmittelkontrollen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zwischen 20 und 30 % liegt. Sanktionen erfolgen aber statistisch gesehen nur in weniger als einem Prozent der Fälle.

Die Landesregierung sieht allerdings keine Defizite in der Lebensmittelüberwachung. Die SPD-Fraktion beurteilt dies als blanken Hohn gegenüber den

Verbraucherinnen und Verbrauchern. Sie bemängelt schon seit Jahren die laxen Haltung der Landesregierung und fordert ein wirksameres Kontrollsystem. Der nächste Skandal liegt bereits in den Kühlregalen der Lebensmittelmärkte, wenn nicht sogar schon bei den Verbrauchern in der Bratröhre: Dioxinbelastetes Fleisch aus Irland.

Wie dünnhäutig der sonst so robuste Landwirtschaftsminister auf die Kritik reagiert zeigt seine »unappetitliche« Reaktion auf den Redner der SPD im Plenarsaal: »Herr Schminke, eigentlich müsste man Ihnen gönnen, dass Ihnen Ihr eigener Weihnachtsbraten in der Bratröhre verbrennt.«



Ronald Schminke, Agrarexperte

MIT EUROPA-MILLIONEN GEGEN DIE KRISE

SPD fordert im Landtag »Beschleunigungsprogramm« für Strukturhilfen

von Heinrich Aller

Die Denkblockade in der Landesregierung hat eine Investitionsblockade in Niedersachsen zur Folge. Die SPD will mit einem »Beschleunigungsprogramm – Mit Europa-Millionen gegen die Krise« einen wichtigen niedersächsischen Beitrag für schnell wirksame und gezielte Investitionen leisten und damit Aufträge und Impulse für den heimischen Arbeitsmarkt auf den Weg bringen. Einen entsprechenden Antrag hat die SPD-Landtagsfraktion im Landtag eingebracht.

Mit den von Brüssel bis 2013 verbindlich zugesagten Strukturfördermitteln will die SPD einen Millionenanteil gegen die Rezession mobilisieren. Die Mittel sollen ohnehin in die nieder-

sächsische Wirtschaft, die Infrastruktur, mehr Aufträge, Arbeit und Ausbildung fließen. Eine Gegenfinanzierung eines Maßnahmenpakets ist problemlos und schnell machbar. Gegebenenfalls soll der Weg über einen Nachtragshaushalt gegangen werden.

Die europäische Politik hat inzwischen im Rahmen ihres Konjunkturpakets reagiert. Sie will den Mittelabfluss erleichtern und beschleunigen. Das ist klug, setzt jedoch die gleiche Klugheit und Flexibilität bei den nationalen und regionalen Partnern voraus. Noch sperrten sich Ministerpräsident Wulff und Wirtschaftsminister Hirche aus unterschiedlichen Gründen gegen zusätzliche niedersächsi-

sche Initiativen gegen die drohende Rezession. Hirche als überzeugter Neo-Liberaler und Wulff als »gelernter Trittbrettfahrer« wollen lieber andere die Kohlen aus dem Feuer holen lassen. Die SPD wird weiter Druck machen und für zusätzliche Investitionen in Infrastruktur und Innovationen werben, um damit Aufträge, Arbeit und Qualifizierung in Niedersachsen möglich zu machen. Vielleicht wartet Wulff noch, um anderen die Schuld für eine Kurskorrektur in die Schuhe schieben zu können. Die Unternehmen und Arbeitnehmer wollen jedoch klare Signale – jetzt. Sollte sich die Landesregierung nicht bewegen, muss sie eben von den Niedersachsen »zum Jagen getragen werden«!



Heinrich Aller,
Finanzexperte

KURZ NOTIERT

TAG FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN AM 3. DEZEMBER

Großer Auftrieb im Landtag herrschte am 3. Dezember 2008. Am erstmals vom Landesparlament durchgeführten »Tag für Menschen mit Behinderungen« forderten die zahlreichen Besucherinnen und Besucher mit Selbstbewusstsein und Ungeduld die vollständige und gleichberechtigte Teilhabe von behinderten Menschen im Alltag, in Wirtschaft und Politik. Zum Teil herbe Kritik mussten sich dabei die regierende CDU und FDP anhören. Bis heute unvergessen bei den Betroffenen ist die zunächst komplette Streichung und dann nur widerwillige Wiedereinführung des Blindengeldes auf gerade einmal die Hälfte der

ursprünglichen Höhe. Während der spannenden Diskussionen kamen viele konkrete Ideen, wie auch das Land in eigener Verantwortung die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen vorantreiben könne. So sollten bspw. beim geplanten Umbau des Landtages von Anfang an behinderte Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache an den Planungen beteiligt werden.

SPD-Sozialexperte Uwe Schwarz zeigte sich beeindruckt von den vielen überzeugenden Vorschlägen. Er kündigte an, dass die SPD-Fraktion die Forderungen zum Thema im Parlament machen werde.



Häufig dicht umlagert war der gemeinsame Informationsstand von SPD-Fraktion und »Selbst Aktiv«, dem Netzwerk behinderter Menschen in der SPD. Das Foto zeigt ein starkes Team: Uwe Schwarz, MdL, stellvertretender Vorsitzender und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion (links) und Karl Finke, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen. Beide kämpfen gemeinsam für die volle Teilhabe von behinderten Menschen in Arbeit, Bildung und Gesellschaft

KURZ
NOTIERT

NORDWESTRADIO: WICHTIGE WELLE FÜR DIE REGION



Jörg-Dieter Kogel (stv. Programmleiter Nordwestradio), Heinrich Heggemann (Referent SPD-Landtagsfraktion), Wolfgang Wulf (MdL), Silva Seeler (MdL) und Daniela Krause-Behrens (MdL und medienpolitische Sprecherin) schauen einem Redakteur über die Schulter (v.l.n.r.)

Als »Erfolgsgeschichte« bezeichnete Daniela Krause-Behrens das Nordwestradio beim Besuch durch den SPD-Arbeitskreis für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien. Die medienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion lobte

die die regionale und kulturelle Berichterstattung aus dem Land Bremen und dem nordwestlichen Niedersachsen. Das Nordwestradio ist ein gemeinsames Programm des NDR und von Radion Bremen und sendet seit 2001.

NEU IM LANDTAG IST...

Bei der Landtagswahl im Januar 2008 sind viele neue Mitglieder in die SPD-Landtagsfraktion gewählt worden. In loser Folge wollen wir sie an dieser Stelle persönlich mit ihren Arbeitsbereichen und -schwerpunkten vorstellen. Weitere Informationen zu den Personen finden Sie auf unserer Homepage www.spd-niedersachsen.de.

STEFAN POLITZE



Persönliches:

Kontakt: Odeonstraße 15/16 · 30159 Hannover
Telefon 0511.1674-341 · Fax 0511.1674-343
E-Mail: info@stefan-politze.de
Internet: www.stefan-politze.de

Geboren: 4. Juni 1965

Beruf: Jurist

Landtag:

Wahlkreis 27 Hannover-Ricklingen, zusätzliche Betreuung des Wahlkreises 25 Hannover-Buchholz

Arbeitsbereiche:

Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Recht- und Verfassungsfragen, stellvertretendes Mitglied im Kultusausschuss

Vor Ort:

Mitglied im Rat der Landeshauptstadt Hannover, hier Vorsitzender des Sportausschusses

Bitte führe folgenden Satz zu Ende:

Über mich sollen die Menschen 2013 sagen können, »dass ich dazu beigetragen habe, der Bildungspolitik einen höheren Stellenwert zu geben.«

RONALD SCHMINKE



Persönliches:

Kontakt: Berliner Straße 103
34346 Hannoversch Münden
Telefon 05541.71583
Fax 0551.5031122
E-Mail: info@ronald-schminke.de
Internet: www.ronald-schminke.de

Geboren: 26. November 1956

Beruf: Gewerkschaftssekretär

Landtag:

Wahlkreis 16 Göttingen und Münden, zusätzliche Betreuung des Wahlkreises 17 Duderstadt

Arbeitsbereiche:

Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
Sprecher für Forstwirtschaft der SPD-Landtagsfraktion

Vor Ort:

Seit 1991 Abgeordneter im Kreistag des Landkreises Göttingen

Bitte führe folgenden Satz zu Ende:

Über mich sollen die Menschen 2013 sagen können, »**der Schminke ist aus echtem Schrot und Korn, einer von uns, darum Wiederwahl.**«

STEFAN SCHOSTOK



Persönliches:

Kontakt: Isernhagener Straße 28 a
30161 Hannover
Telefon 0511.1674-295
Fax 0511.1317577
E-Mail: buero@stefan-schostok.de
Internet: www.stefan-schostok.de

Geboren: 12. Mai 1964

Beruf: Diplompädagoge/Diplomsozialarbeiter (FH)

Landtag:

Wahlkreis 28 Hannover-Mitte, zusätzliche Betreuung des Wahlkreises 25 Hannover-Buchholz

Arbeitsbereiche:

Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
Sprecher für Forstwirtschaft der SPD-Landtagsfraktion

Vor Ort:

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bitte führe folgenden Satz zu Ende:

Über mich sollen die Menschen 2013 sagen können, »**dass ich ihre Wünsche und Belange immer ernst genommen und mich für sie eingesetzt habe.**«